

## Die Wahl hinter der Ständeratswahl

Es sind Ständeratswahlen, aber – das Wahlprozedere will es so – indirekt auch Nationalratswahlen. Und da liegt der Hund begraben, und da beginnt das grosse Schweigen der Parteileitungen. Da stehen sich ein konservativer, zum Populismus neigender Sensler und eine sozial engagierte und weltoffene Frau aus dem Seebezirk gegenüber. Die eine oder die andere Person wird es sein, welche in den Nationalrat nachrutschen wird: für Bourgeois Rudolf Vonlanthen, für Levrat Ursula Schneider Schüttel. Wir haben die Wahl. Wollen wir eine dritte, in diesem Fall klar rechts politisierende Person aus dem Seebezirk oder eine Frau aus dem Seeland, einem Bezirk, welcher schon lange nicht mehr in Bundesbern vertreten ist? Ich solidarisiere mich einerseits mit den Frauen, die in den politischen Gremien chronisch untervertreten sind, andererseits mit dem Seebezirk, einem wichtigen Wirtschaftsmotor unseres Kantons, der sich oft zurecht von den «Herren in Freiburg» stiefmütterlich behandelt fühlt. Deshalb wähle ich bei der Ständeratswahl Christian Levrat. Halten wir den guten Ruf, den sich unsere Politiker in Bern erarbeitet haben, aufrecht, zum Wohl eines prosperierenden Kantons und zum Wohl einer fortschrittlichen Landespolitik.

**Marcel Crottet, Bösingén**

## Erstaunlicher Slalomkurs

**«Ein einig Volk von Seebezirklern» – Leserbrief vom 18. Februar**

SP-Grossrat Hugo Raemy baut offensichtlich auf die Vergesslichkeit der Seebezirks-Bevölkerung, wenn er «ein einig Volk von Seebezirklern» heraufbeschwört. Es war die SP See, die sich im Herbst 2010 ohne jegliche Not mit einer öffentlichen Mitteilung aus den Gesprächen der Parteipräsidenten verabschiedete. Sie hielt es nicht für nötig, die Interessen des Seebezirks in der Staatsratswahl mitzutragen. In einer Wahl notabene, in der jeder Wähler unabhängig seiner politischen Herkunft die Stimme ohne weiteres Markus Ith hätte geben können. Die SP See befand damals, die Parteizugehörigkeit sei das Wichtigste in einer Wahl. Sie bekommt nun wohl kalte Füsse, weil sie jetzt erst entdeckt, dass ihr damaliges Verhalten ein klassisches Eigentor war.

Zudem: Die Präsidentin der SP See hat stets betont, wie wenig ein Staatsrat für seinen Bezirk bewegen könne. Dies gilt umso mehr für ein Mitglied des nationalen Parlaments. Selbst die SP See dürfte wissen, dass ein nationaler Parlamentarier auf der Linie seiner Partei politisieren wird. Offensichtlich will die SP See auch in dieser Hinsicht von ihrer eigenen Meinung nichts mehr wissen. Solches Slalomfahren sei ihr unbenommen – nur sollte sie heute nicht der Seebezirkler Bevölkerung die Lehre der angeblichen Bezirksinteressen dozieren.

Denn heute geht es um die Wahl in den Ständerat, ins Parlament also. Nur eine Person kann gewählt werden. Die beiden Favoriten Bourgeois und Levrat stehen dabei für eine

völlig unterschiedliche politische Haltung. Bourgeois setzt sich für Freiheit, Selbstverantwortung und die Stärkung der Erfolgsfaktoren der Schweiz ein. Demgegenüber würden die politischen Forderungen des SP-Präsidenten den Erfolg unseres Landes akut gefährden: Regulierungen zulasten der KMU (Mindestferien, Mindestlöhne), mehr Steuern und Staatsschulden, verantwortungslose Vogel-Strauss-Sicherheitspolitik und EU-Beitritt. Die Seebezirks-Bevölkerung wird sich am 11. März an diese Forderungen des obersten SPlers sehr wohl erinnern. Es gibt gerade aus Sicht des bürgerlichen Seebezirks keinen Grund, Levrat in den Ständerat zu befördern.

**Silvan Jampen, Kerzers**

## Wie gestaltet sich die Zukunft Freiburgs?

**«Freiburgs Zukunft liegt in seiner Lebensmittelindustrie» – FN vom 14. Februar**

Am 13. Februar ist eine neue Studie der UBS über die wirtschaftliche Situation im Kanton Freiburg vorgestellt worden. Bei der Interpretation dieser Studie zieht der UBS-Wirtschaftsanalyst Thomas Veraguth strategische Schlussfolgerungen und schlägt Massnahmen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung im Kanton vor. Wahrscheinlich sind gewisse Überlegungen Veraguths für Politiker, Wirtschaftsfachleute und Unternehmer teilweise unrealistisch und nicht nachvollziehbar. Dazu zwei Beispiele:

Die Studie hält fest, dass der Gesamtwert der produzierten Güter (BIP) pro Kopf im Kanton Freiburg um ein Drittel kleiner ist als im Schweizer Mittel. Trotzdem beurteilen die Verfasser die Konzentration der Wirtschaftsförderung auf Biowissenschaften und die Hightech-Bereiche kritisch. Um aber das BIP dem schweizerischen Durchschnitt anpassen zu können, braucht es eine verstärkte Förderung des Dienstleistungssektors und der Hightech-Branche mit Arbeitsplätzen von hoher Wertschöpfung. In der Folge würden uns gut ausgebildete Kaderleute in den verschiedensten wirtschaftlichen Führungsbereichen erhalten bleiben. Nur mit der Fabrikation, dem Vertrieb und dem Handel von Lebensmitteln und Konsumgütern kann das BIP unmöglich erhöht werden.

Der Wirtschaftsanalyst erwähnt auch, dass im Kanton die Erträge aus den Unternehmenssteuern niedrig seien. Das Mittel dagegen sei eine Steuersenkung für Firmen. Diese müsste der Kanton mit einer Erhöhung der Steuern für Einzelpersonen ausgleichen. Diese Aussage ist recht widersprüchlich und politisch kaum umsetzbar.

Fazit: Die massgebenden Persönlichkeiten der kantonalen Wirtschaftsförderung wollen seit einiger Zeit innovative und wertschöpfungsintensive Unternehmen ansiedeln. Das ist ihnen bisher auch gelungen. Sicher ist dies langfristig für den Kanton und die Bevölkerung die bessere Lösung! Hervorragende Standorte sind vorhanden, beispielsweise das ehemalige Cardinal-Areal in Freiburg und die Arbeitszone Birch in Düringen. Auch in Bulle, Romont und Sévaz laufen Pilotprojekte (FN vom 10. Februar).

**Joseph Zosso, Schmitten**